

AKTUELL

Volksbegehren zum Landesblindengeld geht in die entscheidende Phase – Kampagne „Jeder bringt 10“ gestartet – 603 000 Unterschriften nötig

Bauer: „Wir werden die Zahl noch übertreffen“

Eine „Rolle rückwärts“ forderte Hans-Werner Lange, Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Niedersachsen (BVN) von der Landesregierung beim Ringen um einen Kompromiss zum Landesblindengeld. Denn ein solcher Kompromiss ist wieder in greifbare Nähe gerückt, seit die Regierungsfractionen und auch das Sozialministerium nun wieder Gesprächsbereitschaft signalisiert haben.

Dennoch ist das Volksbegehren zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes jetzt beantragt worden. Der SoVD Niedersachsen hat von den bisher rund 120 000 gesammelten Unterschriften mehr als 15 000

beigetragen. Die gesetzlichen Vertreter des Volksbegehrens/ Blindengeld gehen damit zusammen mit den Bündnispartnern und zahlreichen Unterstützern aus der Bevölkerung in die entscheidende Phase.

Bis Mitte Mai 2006 können noch Unterschriften gesammelt werden. Insgesamt sind 603 000 Signaturen nötig. „Wir haben bereits viele Stimmen für das Volksbegehren sammeln können“, sagte der Landesvorsitzende des SoVD Niedersachsen, Adolf Bauer dazu in einer Pressekonzferenz in Hannover. „Der SoVD und vergleichbare Organisationen werden ebenso wie der BVN noch Veranstaltungen wie Adventsfeiern und Mitglie-

derversammlungen für die Unterschriftenlisten nutzen. Ich bin sicher, wir werden die nötige Zahl der Unterschriften übertreffen!“

Der bisherige Verlauf des Volksbegehrens/Blindengeld ist durch zahlreiche öffentliche Aktionen, besonders auch von Seiten der Bündnispartner und ehrenamtlich engagierten Bürgern und Gruppen gekennzeichnet. In den Beratungszentren des SoVD Niedersachsen liegen die Listen aus. Zusätzlich wurde vom BVN die Kampagne „Jeder bringt 10“ ins Leben gerufen. Diese Motivationsaktion hat das Ziel, dass jeder Bürger allein schon in seinem persönlichen Umfeld zehn Unterschriften ohne Mühe sammeln kann. „Die Kampagne wird alle Bündnispartner in die Lage versetzen, auch wirklich jedes Mitglied zu erreichen und die Bürger zum Mitmachen motivieren“, sind sich Adolf Bauer und Hans-Werner Lange sicher.

som



Adolf Bauer (links) und Hans-Werner Lange zeigen in Sachen Blindengeld die gelbe Karte: „Jeder bringt 10“ heißt die entsprechende Kampagne, die zum Sammeln motivieren soll

Machen Sie mit! In dieser Ausgabe des Niedersachsen-Echos finden Sie beigelegt die Unterschriftenliste des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Niedersachsen (BVN). Mit Ihrer Unterschrift setzen Sie sich ein für die Wiedereinführung des vermögens- und einkommensunabhängigen Landesblindengeldes. Was Sie dabei beachten müssen, ist direkt dem Einlegeblatt zu entnehmen.

Das Thema Sterbehilfe wurde heftig diskutiert

SoVD Niedersachsen: Palliativmedizin ausweiten

Kaum ein anderes Thema hat in jüngster Zeit die Gemüter insbesondere in Niedersachsen so beschäftigt wie Sterbehilfe. Auslöser war die Gründung des Schweizer Vereins „Dignitas“, der Hilfe zur Selbsttötung anbietet und dessen Gründung einer Niederlassung in Hannover für großes Aufsehen gesorgt hat.

Das Niedersächsische Justizministerium will die „geschäftsmäßige Vermittlung von Sterbehilfe“ unter Strafe stellen. Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) hat angekündigt, „Dignitas“ per Gesetz stoppen zu wollen. In einer Aktuellen Stunde im Landtag haben sich alle Fraktionen ausführlich zu den möglichen rechtlichen Auswirkungen, aber auch zu ethischen Grundsatzfragen im Zusammenhang mit Sterbehilfe geäußert.

Die Grünen verlangten eine offene Debatte ohne Denkverbote. Ihre Abgeordnete Meta Janssen-Kucz berichtete aus persönlicher Erfahrung mit der Krebserkrankung ihrer Tochter, welche ein Kampf oft allein die Frage nach dem richtigen Schmerzmittel sein kann und sagte: „Bedenken Sie, auch ein sterbender Mensch hat eine unantastbare Würde.“

Die SPD forderte, jeden Fall einzeln zu prüfen und die Menschen in der Regel selbst entscheiden zu lassen. Während die CDU sich vehement gegen die aktive Sterbehilfe stemmt und die neue gesetzliche Regelung vorantreibt, will der Koalitionspartner FDP „eine lange Diskussion, bei der erst am Ende über rechtliche Konsequenzen entschieden wird“. Eine gemeinsam geplante Fachtagung von CDU und FDP kommt wegen der unterschiedlichen Positionen vorerst nicht zustande.

Die Sozialministerin und designierte Bundesfamilienministe-

rin Ursula von der Leyen (CDU) fasste die Diskussion in Niedersachsen so zusammen:

„Es gibt hier kein links oder rechts. Es gilt, eine gemeinsame richtige Position zu finden und dem Sterben Raum und Zeit zu geben, denn jeder Tod ist anders.“

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hat derweil angekündigt, ein 250-Millionen-Euro-Programm für lindernde Medizin bereitzustellen, um Sterbebegleitung flächendeckend in Deutschland anbieten zu können.

Bislang steckt der Bereich der Palliativmedizin in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Deshalb fordert der SoVD schon seit langem, diesen Fachbereich auszubauen und hat sich auch jetzt wieder in die aktuelle Debatte eingeschaltet. „Der SoVD sieht es als eine zentrale Aufgabe an, das Angebot der Sterbebegleitung und Palliativmedizin zu verstärken und auszuweiten. Um den Patienten die Angst vor der Medizin, die Angst vor dem Leiden, die Angst vor der Entwürdigung und vor der Einsamkeit zu nehmen, können die lindernde Medizin und die Sterbebegleitung einen wesentlichen Beitrag leisten“, betonte der SoVD-Präsident und niedersächsische Landesvorsitzende Adolf Bauer. Er kündigte an, dass sich die Gremien des SoVD erneut mit der Materie befassen und zu einer ausgewogenen Position finden werden.

som



Niedersächsische
Justizministerin
Elisabeth
Heister-Neumann

Erfolgreiche SoVD-Tagung in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Loccum

Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Demenz

Pflegestrukturen der Zukunft – über 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen an der von der Sozialpolitischen Abteilung der Landesgeschäftsstelle hervorragend vorbereiteten gemeinsamen Tagung des SoVD Niedersachsen und der Evangelischen Akademie Loccum vom 26. bis 28. September 2005 teil. Die überwältigende Resonanz zeigt, dass das Thema viele Menschen beschäftigt, sowohl aus beruflich-professioneller Sicht als auch aus privater Sicht. Viele Teilnehmer kamen aus dem Pflegebereich, andere Teilnehmer waren sogenannte Laien, die vielleicht selbst einmal betroffen sein werden oder als pflegende Angehörige bereits betroffen sind.

Das umfassende Tagungsprogramm behandelte die vielschichtigen Probleme der steigenden Zahl demenzieller Erkrankungen. Früherkennung und Behandlung einer Demenz und die Rolle der Hausärzte waren wichtige Themen der Tagung. Für demenzielle Erkrankungen ist eine Diagnose im möglichst frühen Stadium sehr entscheidend und mit einfachen Testverfahren auch möglich. Diese Aufgabe ist von Hausärzten wahrzunehmen, allerdings besteht hier noch ein großer Mangel und Aufklärungsbedarf. Noch gibt es zwar keine Heilung, der Verlauf der Erkrankung kann bei einer früh einsetzenden Behandlung aber deutlich verlangsamt werden. Aus diesem Grunde ist auch

die zunehmende Ablehnung von Kuren für Demenzzranke wegen fehlender Heilungschancen kritisch zu hinterfragen.

Im Verlauf der Tagung ist die Wichtigkeit eines flächendeckenden ambulanten gerontopsychiatrischen Behandlungsnetzes deutlich geworden, um die Zunahme stationärer Behandlung und Pflege zu bremsen bzw. möglichst lange hinauszuzögern. Bisher gibt es solche ambulanten Netze nur in drei Stadtteilen von Hannover. Gerade die gerontopsychiatrische Versorgung im ländlichen Bereich stellt ein großes Problem dar.

Ein weiterer Punkt: Pflegende Angehörige versuchen zu lange, mit der Pflege allein fertig zu werden, statt frühzeitig Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Die Folgen sind eine erhebliche Zunahme an depressiven Erkrankungen der pflegenden Angehörigen. So werden die in Niedersachsen vorhandenen niedrigschwelligen Betreuungsangebote nach dem Pflegeleistungsergänzungsgesetz oft nicht abgerufen. Niedrigschwellige Betreuungsangebote sind Betreuungangebote ehrenamtlicher bzw. freiwilliger Helferinnen und Helfer, die unter pflegfachlicher Anleitung die Betreuung von Pflegebedürftigen mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung in Gruppen oder im häuslichen Bereich übernehmen und pflegende Angehörige entlasten.

Neben einem Blick über die Grenzen in die europäischen Nachbarländer Dänemark, Frankreich und Italien wurden verschiedene wegweisende ambulante Angebote vorgestellt: eine Gedächtnissprechstunde, Betreuungsgruppen für Demenzzranke, tagesstrukturierende Ambulanzpflege sowie erlebnisorientierte Pflege mit Hilfe der Mäeutik.

In einer Podiumsdiskussion diskutierten Vertreter aus Politik, Verbänden, Betroffene und Wissenschaft über Chancen für frühzeitige, sachgerechte und menschenwürdige Weichenstellungen – mit dabei auch Edda Schliepack, Sozialpolitische Sprecherin des SoVD Niedersachsen. Neben der Schaffung von Netzwerken waren sich die Teilnehmer an der Diskussion einig, dass eine trägerunabhängige Pflegeberatung flächendeckend als Aufgabe der Kommunen aufzubauen ist. Nur eine solche Pflegeberatung kann Pflegebedürftige und ihre Angehörigen bei der Organisation ambulanter Hilfen unterstützen. Weiterhin wurde gefordert, das Thema Demenz zum verpflichtenden Aus- und Fortbildungsthema für Ärzte zu machen.

Informationen zu niedrigschwelligen Betreuungsangeboten erhalten Sie am Pflege-Notruftelefon Niedersachsen 0180 200 872 (6 Cent pro Anruf) oder unter www.niedrigschwellige-betreuungsangebote-nds.de MJ